

Grüne Jugend

RICARDA LANG, Bundessprecherin

LV Berlin

geboren 1994, lebt in Berlin

studiert Jura

Schwerpunkte: Bildungs- und Hochschulpolitik, Feminismus

bundesvorstand@gruene-jugend.de.



Position:

<https://gruene-jugend.de/category/ziele/bildung/> (zuletzt abgerufen am 21. 04. 2019)

Mehr Bildung für eine bessere Zukunft!

Bildungspolitisches Grundsatzpapier der GRÜNEN JUGEND Beschluss der 21.

Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND am 05. Oktober 2003 in Leipzig

1. Bildung ist Menschenrecht

Bildung und Forschung sind die entscheidenden Grundlagen für den Zugang zur Wissensgesellschaft und die aktive gesellschaftliche, politische und ökonomische Teilhabe jedes einzelnen Menschen. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch mit seinen individuellen Interessen und Fähigkeiten.

Alle Menschen dieser Welt haben ein Recht auf Bildung – unabhängig von Geschlecht, Religion und Herkunft. Die Chancen auf Bildung bestimmen unsere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, auf Arbeit und auf eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft.

Die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen beinhaltet das Recht auf Bildung. Die GRÜNE JUGEND appelliert an die internationale Staatengemeinschaft, gegen die weltweite Ungleichheit beim Zugang zu Wissen vorzugehen. Wir leben heute in einer Wissensgesellschaft, in der Bildung und Wissen zum maßgeblichen Faktor für die Entwicklung einer Gesellschaft geworden sind. Eine gute Bildung zielt auf die Entfaltung der Potentiale und Selbstbestimmung aller Menschen ab.

Eine gerechte Verteilung von Bildungschancen steht für die GRÜNE JUGEND im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Chancengleichheit und Zugangsgerechtigkeit sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungspolitik.

(...)

3. Bildung in der Schule

Junge Menschen verbringen einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit in der Schule. Umso wichtiger, dass Schulen endlich aufhören, langweilige graue Betonklötze mit verstaubtem Bildungsauftrag zu sein!

Eine Schule für alle – Heterogenität als Chance

Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Sonderschule, Ganztagschule, Gesamtschule... Kein Land der Welt hat so viele verschiedene Schulformen und setzt so sehr auf Selektion der SchülerInnen wie Deutschland! Die GRÜNE JUGEND spricht sich stattdessen aus für ein durchschaubares Bildungssystem, in dem **alle SchülerInnen von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam in eine Schule** gehen. Wir brauchen flexible Schuleingangsphasen und Möglichkeiten eines Schulstarts für Kinder zwischen 5 und 7 Jahren.

Die soziale Selektivität des deutschen Schulsystems ist erschreckend groß. Gemeinsames Lernen von Kindern unterschiedlichen Entwicklungsstands und Alters und individuelle Förderung statt Auslese ist für uns das Bildungskonzept der Zukunft. Schule trägt eine Mitverantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen. Die Vorurteile sozial Starker und sozial Schwacher gegeneinander werden vor allem durch die frühe Soziale Selektion aufgrund der Dreigliedrigkeit verursacht. Die gegenseitige Akzeptanz in der Gesellschaft lässt sich nur durch eine längere gemeinsame Schulzeit schaffen. Es ist wichtig, schon im Kindes- und Jugendalter zu lernen, dass leistungsschwächere nicht schlechtere Menschen sind.

Geistig und körperlich behinderte Kinder sollen soweit wie möglich in die Lerngruppen integriert werden. Heterogenität muss endlich als Chance begriffen werden: Wir wollen ein gemeinsames Lernen von Schwächeren und Begabteren in heterogenen Lerngruppen. Die Größe der Gruppen muss dabei überschaubar bleiben, mehr als 20 SchülerInnen pro Lerngruppe darf es nicht geben.

In diesem Zusammenhang halten wir die Forderung nach einer Eliteschule für einen falschen, rückwärtsgewandten Ansatz. Ziel muss es sein, alle SchülerInnen entsprechend ihrer individuellen Potentiale zu fördern und nicht nur eine besonders begabte Elite.

Deutschland muss, gerade in der derzeitigen Krise, allen Menschen helfen, ihre Potenziale voll auszunutzen. Aussortieren schadet nicht nur dem oder der einzelnen, sondern auch der ganzen Gesellschaft.

(...)

Selbst_bewusst_lernen!

Die GRÜNE JUGEND steht für die gezielte individuelle Förderung eines/einer jeden Einzelnen und eine an seine/ihre Lernfortschritte gekoppelte Lerngeschwindigkeit statt früher Selektion und Leistungsdruck. Dazu gehört auch, dass es bis zur 10. Klasse keine Noten geben soll. Noten täuschen eine objektive Bewertung vor und werden als Selektionskriterium für den späteren

Bildungsweg instrumentalisiert. Wir sprechen uns stattdessen für sogenannte Bildungstagebücher aus, die primär als Feedback für die SchülerInnen dienen sollen.

Sitzen bleiben gehört endlich abgeschafft! Durch das Sitzen bleiben werden die SchülerInnen aus ihrer gewohnten Lerngruppe gerissen. Sie stehen unter einem enormen psychischen Druck und es bringt ihnen in den allerseltensten Fällen tatsächlich einen Fortschritt. Stattdessen setzen wir auf eine bestmögliche Förderung aller SchülerInnen durch eine individuelle Lernplanung. Auch andere Methoden der „Bestrafung“ von SchülerInnen wie Nachsitzen, in-die-Ecke-stellen oder stupide Strafarbeiten lehnt die GRÜNE JUGEND als überholt und destruktiv ab.

Starres Pauken im 45-Minuten-Takt ist überholt, stattdessen sollte es flexible Lerneinheiten anlehnend an die individuellen Stundenpläne in Skandinavien geben. Module des gemeinsamen Unterrichts sollte es aber nach wie vor geben und von der 1. bis zur 10. Stufe Pflicht sein, um den Zusammenhalt der Lerngruppe zu stärken. Trockener Frontalunterricht im Klassenverband aber gehört der Vergangenheit an.

(...)

PISA hat gezeigt, dass Schulen mit einem verlängerten gemeinsamen Lernen in den Tests wesentlich besser abgeschnitten haben. Die GRÜNE JUGEND fordert eine **zehnjährige gemeinsame Basisschule für alle SchülerInnen**. Nach der 10. Stufe soll es einen Abschlussbericht geben.

Nach der Basisschule können die SchülerInnen die duale Berufsausbildung beginnen oder eine allgemein bildende Oberstufe besuchen. In dieser Oberstufe sollen die SchülerInnen ihre Schwerpunkte vertiefen, auf wissenschaftlichen Arbeiten vorbereiten werden und eine berufliche Orientierung erhalten. Dafür wollen wir eine engere Kooperation zwischen Schule, Betrieben und Hochschule.

Die Oberstufe endet mit beliebig oft wiederholbaren Abschlusstests, deren Zeitpunkt von jeder Schülerin oder jedem Schüler flexibel gewählt werden kann. Der kleinere Teil dieses Test besteht aus zentralen Fragen zu bundesweit vorgegebenen Bildungszielen. Der größere Teil wird anhand der individuellen Bildungslaufbahn zwischen LehrerInnen und SchülerInnen abgestimmt.

Das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung in seiner jetzigen Form wollen wir abschaffen. Die GRÜNE JUGEND macht sich dafür stark, dass nicht nur der Abschluss der Oberstufe, sondern grundsätzlich auch eine abgeschlossene Ausbildung zum Studium an einer Hochschule berechtigen.

(...)

Das Basisschulkonzept der GRÜNEN JUGEND

Demokratisch, freiwillig, selbstbestimmt, individuell – das sind wohl die Schlagwörter, die den Charakter unseres Schulkonzeptes widerspiegeln. Und wie sieht das alles genauer aus? Der Eingang in das Schulleben geht für **alle Kinder** durch die gleiche Tür. Sie **besuchen die Basisschule**. **Die Basisschule beginnt in der Regel mit dem 7. Lebensjahr und erstreckt sich über neun Jahre**. Nach dem absolvierten Abschluss stehen dem/der SchülerIn drei Möglichkeiten offen: Die Berufsausbildung, eine studienvorbereitende Schule oder direkt die Universität (fachspezifische Eingangsprüfung).

Die Basisschule ist eine Ganztagschule, in der alle Entscheidungen demokratisch getroffen werden. Denn die SchülerInnen sind Mittelpunkt der Schule: Sie wollen lernen, sie besuchen die Schule und sie sollen sich darin wohl fühlen. Der Besuch der Schule ist freiwillig. Die Schulpflicht wird durch die sogenannte „Bildungspflicht“ ersetzt. Die Kinder verpflichten sich selbst zur aktiven Bildung. Absitzen der Schulbänke war gestern, morgen sehen wir volle Schulbänke mit Kindern, die das gar nicht müssten. Welch ein Erfolg! Freiheit heißt auch Verantwortung. Damit der/die SchülerIn sich nicht überfordert fühlt, ist pädagogische Begleitung und Beratung für jedeN ein Muss. Gemeinsam wird der Bildungsweg beschlossen. Damit Demokratie umgesetzt werden kann, besitzen die Schulen die größtmögliche Autonomie vom Staat. Ideen, die das pädagogische Konzept der Schule, Lernzeiten, Einstellungen von LehrerInnen und weiterem Personal, Finanz- und Mittelverteilung sowie die Kooperation mit (außer-)schulischen PartnerInnen betreffen, werden von allen Mitgliedern der Schule getroffen. Abgestimmt wird in einer Vollversammlung, die nach dem Subsidiaritätsprinzip (Entscheidungen gehen möglichst von der/dem meist Untergeordneten aus) gestaltet sind.

Da die Schule als Ganztagschule organisiert ist, gibt es nun auch mehr Zeit, die Schule als Lebensraum für die SchülerInnen gestalten zu können – moderne Pädagogik, gute Diagnostik, eine echte individuelle Förderung und eine Öffnung der Schule nach außen (Kooperation mit Vereinen, Clubs, anderen Einrichtungen etc.) lassen sich verwirklichen. Die Kooperation der Schule mit kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Organisationen fördert eine Auseinandersetzung mit der außerschulischen Realität, das soziale Bewusstsein und auch eine zunehmende Zentralisierung der Schule als Lebensraum, in dem man sich wohlfühlt und ausdrücken kann. Der Unterricht an der Schule ist rhythmisiert, also an den natürlichen Biorhythmus angepasst. Formelle und informelle Lernphasen wechseln sich ab. Das Essen ist gesund und ökologisch. Vegetarische und vegane Küche sind als Angebot eine Selbstverständlichkeit.

Niemand darf einfach unter den Tisch fallen, jedeR hat einen Anspruch auf Achtung und Förderung. LehrerInnen diagnostizieren die Defizite der SchülerInnen und gleichen diese durch individuelle Förderung aus. Die Ganztagschule arbeitet mit inklusiver Pädagogik. SchülerInnen aus unterschiedlichen sozialen Milieus und mit oder ohne Behinderungen werden mit den gleichen Augen gesehen. Die neue Schule führt außerdem das Diversity-Konzept ein: SchülerInnen, die oftmals einer Randgruppe zugeordnet werden, werden gemeinsam mit allen anderen gefördert. Sexuelle Orientierungen, Geschlechteridentität, Behinderung, kulturelle und soziale Hintergründe werden in der Schule diskutiert. Die Infrastruktur ermöglicht den SchülerInnen, die Schule zu besuchen, die ihnen gefällt. Kostenloser ÖPNV, Bezahlung von Klassenfahrten sowie pädagogische und räumliche Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen sind dafür entscheidende Bausteine.

Kinder und Jugendliche sollen lernen, was sie interessiert und mit Methoden, die neues Interesse wecken. Das kann z.B. mittels projektorientierter Gruppenarbeit geschehen. Im Mittelpunkt stehen die Vermittlung von Arbeitsmethoden, Lerntechniken und ein Zusammenhangverständnis. Es wird also nicht mehr in starren Fächer gelernt, sondern Zusammenhänge innerhalb der drei Kompetenzbereiche Natur-, Geistes,- und Sozialwissenschaften verdeutlicht. Lehrpläne werden abgeschafft, eingeführt werden deutschlandweite Bildungsstandards. Sie setzen Kompetenzen und Fähigkeiten fest, die die SchülerInnen nach der Schule haben sollten. Statt mit subjektiven, niederschmetternden Noten bewertet zu werden, bekommen die Kinder der neuen Schule

Lernberichte. In diesen wird der individuelle Entwicklungsprozess festgehalten und der/dem SchülerIn aufgezeigt, worin sie/er sich wie verbessern kann.

Staatliche Kontrollen überprüfen, ob die gesetzlichen Vorgaben zu den Rahmenbedingungen der Schule eingehalten werden. Schulerfolge werden wissenschaftlich ausgewertet, um die Lehr- und Lernqualität zu sichern. Der Bund ist zuständig für einheitliche Rahmenbedingungen, Bildungsziele und die Mittel. Die Kommunen hingegen sind für die Infrastruktur und die Schul- und Stadtplanung verantwortlich.

Von Gwendolyn Buttersack

Teilhabe für alle statt Integration! – Die Einwanderungsgesellschaft gestalten

Beschlossen auf dem 46. Bundeskongress in Dortmund

(...)

4. 3. Ein flexibles und inklusives Bildungssystem stärken

Es ist nötig, barrierearme Bildungszugänge zu ermöglichen. Die Bundesregierung muss, in Zusammenarbeit mit den Ländern, dafür Sorge tragen, dass Zugangshürden im Bereich der Bildung und Ausbildung endlich abgebaut werden. Menschen, die nach Deutschland kommen, müssen, unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel, so schnell und umfassend wie möglich Zugang zu einem Bildungssystem erhalten, das auf sie vorbereitet ist. Ehrenamtliche, die in ihrer Freizeit Deutschkurse für Geflüchtete geben und andere Bildungsangebote schaffen, sind Teil dieses Bildungssystems. Aber die staatliche Verantwortung für die Schaffung und Finanzierung inklusiver Bildungsangebote darf nicht auf Ehrenamtliche abgewälzt werden.

(...)

Es muss zudem so früh wie möglich eine Kitaplatzgarantie für geflüchtete Kinder geben. Bildung beginnt nicht erst mit dem Schuleintritt und gerade eine Entlastung geflüchteter Familien durch eine familienergänzende Betreuung ist unerlässlich. Auch Schulkonzepte müssen neugedacht werden. Ein starres dreigliedriges Schulsystem funktioniert jetzt weniger denn je. Es muss dringend verhindert werden, dass Menschen „ausgesondert“ werden, weil sie dem Leistungsstreben des klassischen Schulsystems nicht standhalten können.

Stattdessen gilt es, das Konzept der **Gemeinschaftsschule** weiterzuentwickeln, da diese die einzige konsequente Schlussfolgerung des Inklusionsgedankes ist: Eine **Schule für Alle**. Außerdem darf der schulische Erfolg nicht von den Deutschfähigkeiten abhängen, da sonst Kinder, die nicht in Deutschland geboren sind, häufig strukturell benachteiligt werden. Deshalb fordern wir entwicklungspädagogische Schulungen für Erzieher_innen und Lehrer_innen, die eine multilinguale Erziehung der Kinder ermöglichen. Des Weiteren muss in vorschulischen Bildungsinstitutionen sprachfördernd geschultes Personal zu Verfügung stehen, um den Kindern einen sprachbarrierefreien Übergang in die Grundschule zu ermöglichen.

(...)

PISA-Schock 2.0

Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich dieses Jahr besser abschneidet als 2006, bietet dies keinen Anlass zur Freude. Bildung ist in Deutschland immer noch stark von dem sozialen Hintergrund abhängig. Wieder einmal hat sich gezeigt, dass ein mehrgliedriges Schulsystem nicht sinnvoll ist. Das deutsche Schulsystem muss endlich flächendeckend reformiert und demokratisiert werden. Noch immer verlassen 7% der SchülerInnen die Schule ohne Abschluss. Dies ist nicht akzeptabel und zeigt wiederum den großen Nachholbedarf im Schulsystem. Wir stehen der PISA Studie und ihrer Aussagekraft kritisch gegenüber. Die Studie reduziert die Leistungen der SchülerInnen auf einen Zahlenwert. Zudem zeigt sie nur eine Momentaufnahme der erbrachten Leistungen auf. Dies wird dem Individuum nicht gerecht. Wir wenden uns gegen den Leistungsdruck im Schulsystem, denn Bildung ist unserer Meinung nach ein Wert an sich und kein Mittel, um junge Menschen möglichst schnell für den Arbeitsmarkt verwertbar zu machen. Darum stehen wir auch der PISA-Studie kritisch gegenüber.

Her mit der Knete – Gesellschaft formen! – Armut bekämpfen, Gerechtigkeit und Teilhabe schaffen

1. Armut und Ungerechtigkeit verschärfen sich

Geprägt die Agenda 2010 Politik des Sozialabbaus und einer Krise des neoliberalen Wirtschaftssystems treten in der Mitte der 10er Jahre immer stärker die dadurch entstandenen sozialen Ungleichheiten zu Tage. Wir finden: ein gutes Leben für alle ist ein wichtiger politischer Auftrag und unser Ziel von Gerechtigkeitspolitik.

(...)

7. Bildungsgerechtigkeit statt Chancengleichheit

Die GRÜNE JUGEND sieht gute Bildung von Anfang an als eine Grundlage für soziale Gerechtigkeit an, daher brauchen wir deutlich mehr Investitionen im Bildungsbereich . Sowohl Kitas, Schulen als auch Hochschulen sind gerade im Moment in besorgniserregendem Maße unterfinanziert. Dem muss endlich entgegengewirkt werden, wir fordern die Ausfinanzierung des gesamten Bildungsbereiches. Kitas müssen beitragsfrei sein, Studiengebühren lehnen wir ab. Die verschiedenen Sektoren dürfen hierbei nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen zusammen gedacht werden. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Finanzierung von Bildungseinrichtungen ist die komplette Abschaffung des Kooperationsverbotes, der Bund muss endlich in die Bildung investieren dürfen. Um tatsächlich Gerechtigkeit zu schaffen, muss die Förderung und Ausstattung von Bildungseinrichtungen massiv verbessert werden. Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders über die Entwicklung eines Kindes. Daher brauchen wir gute Kitas und Ganztagschulen mit motivierender Lernatmosphäre, in denen jedes einzelne Kind individuell gefördert werden kann. Das führt auch zu einer Entlastung von Alleinerziehenden, die zu den am stärksten von Armut betroffenen Gruppen in Deutschland gehören. Die Gruppengrößen in Kitas und Schulen müssen deutlich reduziert werden. Lehrkräfte und Erzieher*innen müssen fair bezahlt werden, gut ausgebildet sein und sich kontinuierlich weiterbilden, um den sozialen Anforderungen heterogener Gruppen gerecht zu werden und für ein gutes Miteinander zu sorgen.

Das Schulsystem muss grundlegend reformiert werden, die inklusive **Gemeinschaftsschule**, das heißt eine **Schule für alle** Kinder, ist die Schule der Zukunft!

Die Forderung nach Chancengerechtigkeit ist dabei für uns in keinster Weise ausreichend. Die formelle Möglichkeit des sozialen Aufstiegs beruht auf der Anerkennung von Oben und Unten in der Gesellschaft und beruht auf einer neoliberalen Ideologie. Stattdessen fordern wir, dass Bildungseinrichtungen auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Menschen eingehen und tatsächliche Teilhabe für alle schaffen.

Eine gerechte Gesellschaft kann sich erst als gerecht beweisen, wenn sie es schafft Hürden der Teilhabe für alle abzubauen. Insofern ist unser Begriff der Gerechtigkeit immer eng verknüpft mit unserer Vorstellung von Demokratie. Nur dort, wo Menschen gehört werden, wo sie ihre Stimmen erheben können, öffnet sich das Fenster zu einer gerechten Gesellschaft.

Halten Sie sich links – Mobilität braucht Visionen!

Beschlossen auf dem 50. Bundeskongress im Frühjahr 2018 in Göttingen

(...)

Mobil für Bildung.

Auch für Bildung auf dem Land gilt: Mehr Schulbusse zu den 60 Minuten und noch weiter entfernten Schulen sind nicht die Lösung. Stattdessen wollen wir Grundschulen wie auch Gemeinschaftsschulen aus den großen Kreisstädten zurück aufs Land zu bringen und dabei auch auf gemeinschaftsorientierte Lehr- und Lernformen setzen, die auch kleinen Schulen das Überleben ermöglichen. Die GRÜNE JUGEND fordert den einfachen Schulweg auf maximal 30 Minuten zu begrenzen. Es kann nicht sein, dass Schulen – und damit Perspektiven – verschlossen werden, denn Bildung ist ein Grundrecht, un zwar nicht nur bis zum Ende der Sekundarstufe, sondern lebenslang. Aus- und Weiterbildung auf dem Land zu ermöglichen, un zwar in erreichbarer Nähe, sehen wir als grundlegendes Element einer nachhaltigen Förderung des ländlichen Raums.

(...)